



## >> NEWSLETTER AUS MADRID

### >> *Massendemonstration gegen ETA und Zapatero*

Zwei Wochen nach der letzten



Großdemonstration in Madrid, an der sich die spanische Volkspartei trotz heftiger

Kritik seitens der Regierung nicht beteiligt hatte, fand am vergangenen Samstag erneut eine Demonstration in Madrid statt, um gegen den ETA-Terrorismus und die Antiterrorpolitik der Zapatero-Regierung zu protestieren. Zu der Kundgebung, die unter dem Motto „Für den Frieden. Gemeinsam werden wir die ETA besiegen. Nein zu Verhandlungen“ stand, hatte dieses



Mal der baskische Verband der Opfer des

Terrorismus, Ermua Foro, aufgerufen, die von der Volkspartei und dem nationalen Verband der Opfer der Terrorismus AVT unterstützt wurde. Die Regierungspartei PSOE sowie die zwei großen Gewerkschaften UGT und CCOO boykottierte die Protestaktion. Dagegen war die politische Führungsmannschaft der PP unter ihrem Vorsitzenden Mariano Rajoy vollständig angetreten. Auch Zapateros unmittelbarer Vorgänger, José María Aznar, hatte sich in die Reihen der rund 200.000 Demonstranten ge-

stellt. Auf zahlreichen Plakaten mit der Aufschrift „Zapatero dimisión!“ wurde der Rücktritt von Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero gefordert.



Bei der Schlusskundgebung machte PP-Chef Mariano Rajoy (Foto) klar, dass die Regierung zunächst mit sich selbst ins Reine kommen müsste. Erst wenn sie sich deutlich gegen Verhandlungen mit der Terrororganisation ausspreche, würde sich die PP auf ihre Seite stellen. Als großen Erfolg wertete die PP die Teilnahme der sozialistischen Europaabgeordnete Rosa Díez (Foto), die aus dem Baskenland kommt. Sie hatte ihre Teilnahme damit begründet, dass sich die „große Mehrheit der Menschen dieses Landes, egal von welcher Partei, wünscht, dass Links und Rechts gemeinsam gegen die ETA vorgehen“.



Für großen Unmut innerhalb der Regierung sorgte die Abspiegelung der spanischen Nationalhymne zum Abschluss der Kundgebung. Damit habe die Volkspartei ein nationales Symbol missbraucht und gegen das Gesetz über die Verwendung von

nationalen Symbolen verstoßen, welches unter Aznar verabschiedet worden sei.

Auch im baskischen Bilbao fand am Wochenende eine Demonstration gegen die ETA statt, an der der Vorsitzende der spanischen Bi-



schofskonferenz, Bilbajos Bischof Ricardo Blázquez (Foto), teilnahm. Vor der Kathedrale in Bilbao rief Blázquez die

ETA eindringlich zur bedingungslosen Aufgabe auf. Er sprach der ETA jegliche moralische, politische und religiöse Legitimation ab. Die Parteien mahnte er zur Einheit auf. Sie hätten die politische und moralische Verpflichtung, gemeinsam gegen den Terrorismus der ETA vorzugehen. Blázquez, der als regierungsfreundlich gilt, hatte bisher die Antiterrorpolitik unterstützt.

## >> Zapatero setzt auf Zeit in der Antiterrorpolitik



Für den spanischen Ministerpräsidenten José Luis Rodríguez Zapatero (Foto) endete das Jahr 2006 mit einem Desaster. Der Bombenanschlag auf dem Madrider

Flughafen, dem zwei Ecuadorianer zum Opfer gefallen waren, setzte dem „Friedensprozess“ mit der ETA ein abruptes Ende. Nicht nur Anhänger der Regierung, auch insgeheim viele Mitglieder der Opposition setzten ihre Hoffnung in den Erfolg einer friedlichen Beendigung

der dreißigjährigen Gewalt. Die politische Führung der Volkspartei hingegen forderte von der Regierung die Einstellung jeglicher Verhandlungen und warf Zapatero politische Nachgiebigkeit gegenüber der ETA vor. Der 46-jährige Regierungschef sah allerdings keine Veranlassung, auf die größte Oppositionspartei in Spanien einzugehen. Im Gegenteil: 2007 sollte für Zapatero das „Friedensjahr“ werden. Die Gelegenheit dafür schien günstig, da ein Großteil der politischen Agenda der Regierung bereits abgearbeitet war. Es stehen zwar noch einige Reformwerke wie Autonomiereformen in einigen Regionen und Senatsreform aus, doch diese hätten noch in der zweiten Jahreshälfte nach den Regional- und Kommunalwahlen am 27. Mai angegangen werden können. Der „Friedensprozess“ sollte in diesem Jahr das Topthema werden. Ein positiver Ausgang des Friedensprozesses hätte ihm die Parlamentswahl im März 2008 gesichert.

Dies scheint jedoch nicht mehr der Fall zu sein. Schon jetzt wird offen über das Ende der Ära Zapatero gesprochen. Für die Volkspartei Grund genug, um an ihrem harten Kurs festzuhalten. Zapatero ist sich bewusst, dass er nun gegensteuern muss. Deswegen hat er neue sozial- und umweltpolitische Initiativen angekündigt. Damit will er, so die Volkspartei, vom eigentlichen Thema des Antiterrorismus ablenken. Zapatero will auf diese Weise aus dem möglichen Ende des Friedensprozesses mit der ETA politisch un-

beschadet herauskommen. Deswegen versucht Zapatero gleichzeitig, das Wahlvolk davon zu überzeugen, dass die Volkspartei zunehmend von der politischen Mitte abrückt. Die Opposition jedoch geht in die Gegenoffensive, indem sie mit den Themen Antiterrorismus und Autonomiereform die empfindlichsten Stellen der Regierung treffen will. Sie weiß, dass die Zapatero-Regierung im vergangenen Jahr Federn lassen musste. Laut einer zum Jahresende durchgeführten Umfrage des Meinungsforschungs-

instituts CIS bewerteten rund 41 Prozent der Spanier die politische Situation Ende 2006 gerade als „befriedigend“. Zu diesem Ergebnis haben der Umfrage zufolge nicht allein die politisch polarisierenden Themen wie „Friedensprozess“ und „Reform des katalanischen Autonomiestatuts“ beigetragen, sondern ebenso die Handhabung der illegalen Zuwanderung sowie die dringend benötigten Arbeitsmarktreformen. Genau zu diesen Themen hat die Volkspartei zwischen Oktober und Dezember 2006 Konferenzen in Madrid veranstaltet, welche letztlich auch im Mittelpunkt der PP-Wahlkampfstrategie stehen sollen.

Auch wenn sich die Volkspartei auf den Wahlkampf gut gerüstet fühlt, so spielt sie mit dem Thema Antiterrorpakt Regierungschef Zapatero „unfreiwillig“ in die Hände. Zapatero muss Zeit gewinnen. Darauf setzt er zurzeit, um die PP in die Enge zu drängen. Die Diskussion



um den Antiterrorpakt, der Zapatero zufolge alle Parteien einschließlich der baskischen Nationalisten von der PNV umfassen soll, stößt auf harsche Kritik seitens der Volkspartei. Als einzige Partei im spanischen Parlament sieht sie eine Beteiligung der PNV als großen Fehler an, da die Nationalisten unter dem baskischen Regierungschef Juan José Ibarretxe klar für Verhandlungen mit der ETA eintreten. Ein Antiterrorpakt könne mit einer solchen Partei keinen Bestand haben, heißt es aus der Führungsetage der PP. Für Zapatero kommt diese Diskussion zur rechten Zeit, denn sie lenkt von dem eigentlichen Problem, nämlich der Bekämpfung des ETA-Terrorismus, ab. Allerdings ist die Wahlkampf-taktik der PSOE sehr gewagt, denn die ETA plant laut Sicherheitsbehörden weitere Anschläge. Ein erneuter Terroranschlag vor den Regionalwahlen Ende Mai 2007 könnte das vorzeitige Aus für Zapatero bedeuten. Denn für wirkliche politische Alternativen hat die Regierung nicht vorgesorgt. Das politische Tagesgeschäft in Spanien ist zu einem Vabanquespiel geworden. Selbst die regierungsfreundliche Tageszeitung „El País“ spekulierte kritisch, dass sich die Regierung, sollte der „Friedensprozess“ tatsächlich am Ende sein, dann allerdings immer ernster der Frage stellen müsse, was nun nach dem ETA-Thema folgen könnte.



## >> Ibarretxe wegen illegaler Kontakte zur ETA vor Gericht



Das Scheitern des „Friedensprozesses“ und die eskalierende Gewalt im Baskenland setzen den baskischen Regionalpräsidenten Juan José Ibarretxe (Foto) unter gewaltigen Druck. Der „Lehendakari“, wie der baskische Regierungschef genannt wird, hat sein politisches Schicksal am Erfolg des „Friedensprozesses“ geknüpft. Dass das Attentat vom 30. Dezember 2006 das Ende möglicher Verhandlungen mit der terroristischen Untergrundorganisation ETA bedeutet, will der baskische Nationalist nicht wahrhaben. Er setzt daher weiter auf eine friedliche Beilegung des ETA-Terrorismus und hofft auf eine Reaktivierung der Friedensinitiative durch Ministerpräsident Zapatero.



Kräftige Rückendeckung erhielt nun Ibarretxe von 25.000 Anhängern, die sich in der vorigen Woche vor dem baskischen Obersten Gericht in Bilbao versammelt hatten, um unter dem Motto: „Zur Verteidigung unserer Institutionen“ für seine Friedenspolitik gegenüber der ETA zu demonstrieren. Ibarretxe hatte sich am vergangenen Mittwoch vor dem Gerichtshof wegen eines Treffens im April 2006 mit der verbotenen Batasuna-Führung verantworten müssen. Ibarretxe verteidigte seine "Frie-

denspolitik" mit der Bemerkung, er werde auch künftig mit allen Parteien auf der Suche nach einem Frieden im Baskenland zusammentreffen.

Die spanische Presse bewertete die Aussage Ibarretxes als „Verhöhnung“ des Gerichts. PP-Parteichef Mariano Rajoy kritisierte insbesondere das Verhalten der baskischen Regierung, die ebenso an der Demonstration teilgenommen hatte und dabei die Richter „verunglimpft“ haben soll. Anstatt die Richter zu kritisieren und unter Druck zu setzen, solle man die Unabhängigkeit des Gerichts respektieren, so Rajoy. Die Kritik der Zapatero-Regierung an der Demonstration fiel hingegen auffällig gering aus. Ministerpräsident Zapatero kommentierte die Demonstration lediglich mit dem Verweis auf das Recht auf freie Meinungsäußerung. PSOE-Organisationssekretär José Blanco (Foto) verteidigte sogar den



baskischen Nationalisten. Er bezeichnete es als „unlogisch“ und „wenig verständlich“, Anzeigen gegen Ibarretxe zu erheben, wenn dieser mit seinen Treffen mit Batasuna lediglich bemüht sei, einen Beitrag zur Beendigung des Terrors zu leisten. Als einziger aus dem sozialistischen Lager griff der baskische Sozialist Patxi López das Verhalten Ibarretxes bei seiner gerichtlichen Vernehmung scharf an.

## >> Streit in der Regierung um Truppenaufstockung in Afghanistan



Einen herben Dämpfer erhielt Verteidigungsminister José Antonio Alonso (Foto) von seinem Chef, Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero, als er vor der Presse verkündete, Madrid wolle auf Bitten der NATO das spanische Truppenkontingent in Afghanistan von 690 auf knapp 800 Soldaten aufstocken. Kurz danach widersprach der Regierungschef seinem Verteidigungsminister mit den Worten, eine weitere Verstärkung der spanischen Truppen werde nicht vorgenommen.



Der Entschluss Zapateros birgt politische Brisanz. Denn die NATO hatte eindeutig damit gerechnet, so die Tageszeitung ABC, dass Spanien seine Truppen verstärken würde. Offiziell hieß es in Brüssel, Spanien würde einen wichtigen Beitrag zu den Stabilisierungstruppen der NATO (ISAF) in Afghanistan leisten, doch hinter den Kulissen ist man innerhalb des Bündnisses über die Entscheidung der Regierung Zapatero außerordentlich enttäuscht. Die peinliche Situation für Verteidigungsminister Alonso wird zudem dadurch verstärkt, dass das kommende Treffen der NATO-Verteidigungsminister am 8. Februar 2007 ausgerechnet im spanischen Sevilla stattfindet.

Die konservative Presse nahm den prekären Vorgang zum Anlass, über die mangelnde Koordination zwischen dem Verteidigungsministerium und dem Regierungssitz „La Moncloa“ zu spekulieren. Dem Minister fehle offensichtlich der Zugang zum Ministerpräsidenten. Nach dem „mehr oder weniger unfreiwilligen Abgang“ von Alonsos Vorgänger, José Bono, stehe nun auch bald der Posten des jetzigen Verteidigungsministers zur Disposition, hieß es in den Medien. Zapatero schweigt sich derweil über die Gründe für seine Entscheidung aus.

## >> PSD unterstützt Sarkozy-Vorschlag zur EU-Verfassung

Vor dem Hintergrund der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft ab 1. Juli 2007 durch Portugal spricht sich der Vorsitzende der PSD, Luis Marques Mendes (Foto), für die Verabschiedung eines kleineren Vertrages aus, in dem insbesondere die institutionellen Reformen berücksichtigt werden. Damit solle die EU auch mit 27 Staaten handlungsfähig bleiben, sagte der Oppositionspolitiker. Es sei von vitalem Interesse auf die Sorgen der Bürger zu reagieren, so Marques Mendes, und hob in diesem Kontext Wirtschaftswachstum und die Notwendigkeit über die Schaffung eines „gerechteren“ Europas hervor. Deshalb sei es ein wichtiges



Ziel Portugals, sich unter eigenem EU-Vorsitz intensiv für den Verfassungsvertrag einzusetzen. Portugal gehört zu den neun Staaten, in denen der EU-Verfassungsvertrag noch nicht ratifiziert worden ist. Ein für 2005 geplantes Referendum war nach den gescheiterten Abstimmungen in Frankreich und den Niederlanden auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Für die Verabschiedung eines kleineren bzw. „Mini-Vertrages“ spricht sich auch der französische Präsidentschaftskandidat und Innenminister Nicolas Sarkozy aus. Spanien hingegen hat in der vorigen Woche als Gastgeber einer EU-Verfassungskonferenz der achtzehn Staaten, die den Vertrag bereits ratifiziert haben, erklärt, dass ein „Mini-Vertrag“ letztlich nur zu minimalistischen Lösungsansätzen führen würde. Madrid bevorzugt im Gegensatz zu Frankreich und offensichtlich auch zu Portugal den Verfassungsvertrag höchstens zu modifizieren, nicht jedoch zu verkleinern.

## >> Vor dem Referendum zur Liberalisierung des Abtreibungsgesetzes



Knapp zwei Wochen vor der Volksabstimmung über die Liberalisierung des Abtreibungsgesetzes in Portugal am 11. Februar haben Umfragen ein knappes Ergebnis vorausgesagt. Noch im Oktober vergangenen Jahres zeichnete sich eine deutliche Mehrheit der Befürworter

für eine Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchsgesetzes aus dem Jahre 1984 ab. Dieses stellt illegal vorgenommene Abtreibungen unter Strafe. In der Praxis wurde jedoch die Höchststrafe von bis zu drei Jahren nur in wenigen Fällen verhängt. Auch wenn überwiegend nur Geldstrafen erfolgten, so wurde in den vergangenen Jahren das Strafverfahren zunehmend als „Erniedrigung“ kritisiert und eine Rechtsänderung gefordert.

Die in der letzten Woche veröffentlichten Umfragen sehen zwar weiterhin eine Mehrheit für eine Liberalisierung voraus, doch die Zahl der Unentschlossenen sei sehr hoch und gegenwärtig hinsichtlich ihres Wahlverhaltens derzeit nicht einschätzbar.

Seit Jahresbeginn haben diverse Bürgerbewegungen sowie auch die Katholische Kirche bei Großdemonstrationen im Lande zum „Nein“ beim Referendum aufgerufen und stattdessen mehr Schutz für das ungeborene Leben gefordert.

Trotz der neuesten Umfragen wird nach wie vor mit einem „Ja“ zur Frage „Sind Sie mit der Entkriminalisierung des freiwilligen Schwangerschaftsabbruchs in den ersten 10 Wochen in einer eigens dafür vorgesehenen Gesundheitseinrichtung einverstanden?“ gerechnet. Denn im Gegensatz zur Volksabstimmung im Jahre 1998, die an der niedrigen Wahlbeteiligung gescheitert war, unterstützen die meisten Parteien das Anliegen. Seinerzeit hatte sich der sozialistische Ministerpräsident Antonio Gu-

terres aus Gewissensgründen persönlich gegen Abtreibung ausgesprochen. Der heutige sozialistische Regierungschef José Sócrates (Foto) wie auch alle Linksparteien in Portugal gehören zu den Unterstützern einer Liberalisierung. Die konservativen Sozialdemokraten haben dagegen keine Empfehlung an ihre Wähler abgegeben. Sie erklärten die Beantwortung der Referendumsfrage schlichtweg als „persönliche Gewissensentscheidung“. Einzig die katholisch geprägten Christdemokraten CDS/PP lehnen eine Änderung der bisherigen Regelung ab.



to) wie auch alle Linksparteien in Portugal gehören zu den Unterstützern einer Liberalisierung. Die konservativen Sozialdemokraten haben

dagegen keine Empfehlung an ihre Wähler abgegeben. Sie erklärten die Beantwortung der Referendumsfrage schlichtweg als „persönliche Gewissensentscheidung“. Einzig die katholisch geprägten Christdemokraten CDS/PP lehnen eine Änderung der bisherigen Regelung ab.

Impressum:

Konrad Adenauer Stiftung e. V.  
Außenstelle Madrid

Inhaltlich Verantwortlich:

Michael Däumer

Zusammengestellt:

Michael Däumer/Olaf Jörgens

Design: Normann Kreuter

Postanschrift:

Plaza de Castilla, 3, 16-D 2

28046 Madrid, Spanien

Tel: (+34) 91 579 61 86

Fax: (+34) 91 571 86 12

Email: [kasmad@gmx.net](mailto:kasmad@gmx.net)

Web: [www.kas.de/espana](http://www.kas.de/espana)